

Stärkung der Standards von Arbeitsbedingungen durch Ausweitung der Allgemeinverbindlichkeit von Tarifverträgen

Zur Weiterleitung an die SPD Bundestagsfraktion

Die SPD setzt sich für eine Verbesserung von qualitätvollen Arbeitsbedingungen und zur Sicherung von angemessenen Arbeitsentgelten ein. Hier gilt es zu prüfen, inwieweit die Möglichkeiten des Bundesarbeitsministeriums, Tarifverträge gem. Arbeitnehmerentsendegesetz für allgemein verbindlich zu erklären, ausgeweitet werden können, um Tariffucht und Lohndumping durch tariflose Unternehmen einzugrenzen.

Begründung:

Durch tariflose Unternehmen sind insbesondere im Dienstleistungsbereich, wie Einzelhandel, Transport, Pflege, etc. prekäre Arbeitsverhältnisse und Entlohnungsformen entstanden. Eine Verpflichtung zur Tarifbindung der Beschäftigungsverhältnisse in diesen Bereichen bewirkt eine Begrenzung unsicherer Arbeitsbedingungen, stärkt die Finanzierung der Sozialversicherungssysteme und die Alterssicherung der Beschäftigten, schafft Wertschätzung und leistet einen Beitrag zu einer Stärkung des gesellschaftlichen Zusammenhalts.